



Antrag

der Fraktion der SPD

Für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Vorhaben der Bundesregierung zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Bundesrat zu unterstützen. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht schafft Erleichterungen, damit Menschen, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten die Möglichkeit bekommen, sich einzubürgern.

Der Landtag begrüßt, dass neben der Verkürzung der Frist zum Erwerb der Staatsbürgerschaft auch die Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit geschaffen werden soll. Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht kann aus Sicht des Landtages aber nur ein erster Schritt sein, dem ein Einwanderungsgesetz zur Gewinnung von Fachkräften zeitnah folgen muss.

Begründung:

Das geltende Staatsangehörigkeitsrecht genügt schon lange nicht mehr den Erfordernissen einer vielfältigen Gesellschaft, die hohen Hürden für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sind ein Hindernis und widersprechen schon lange der Lebenswirklichkeit der Menschen. Dies gilt insbesondere für die Ablehnung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Mit dem Vorschlag der Bundesregierung dieses

Dogma endlich abzuschaffen, eröffnet sich für viele Betroffene die Möglichkeit, sich als deutsche Staatsbürgerin und Staatsbürger auch zu dem Staat bekennen zu können, in den sie vielfach seit Jahrzehnten leben, ohne ihre Identität aufgeben und z.T erhebliche rechtliche Nachteile in ihrem Herkunftsland in Kauf nehmen zu müssen. Die Ablehnung der Mehrstaatlichkeit ist Ausdruck eines überkommenden Verständnis des Verhältnis zwischen Bürger*innen und Staat, das nicht nur der Gedanken der europäischen Einigung widerspricht, sondern sich auch in der Lebenswirklichkeit der Menschen längst überholt hat.

Die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechtes ist aber nur der erste Schritt, dem ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz zeitnah folgen muss.

Serpil Midyatli
und Fraktion